

PROTOKOLL

11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Montag, 27. November 2017,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn 15.00 Uhr
Ende 16.38 Uhr

A Stimmberechtigte Mitglieder

Ratsfrau Dr. Carl als Vorsitzende	- SPD-Fraktion
(Ratsherr Bindert)	- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Ratsherr Bingemer)	- FDP-Fraktion
(Herr Boes)	- Diakonisches Werk Hannover
(Ratsherr Borstelmann)	- CDU-Fraktion
Ratsherr Döring	- FDP-Fraktion
Herr Duckstein	- Stadtjugendring Hannover e.V.
Ratsherr Finck	- SPD-Fraktion
(Ratsfrau Gamoori)	- SPD-Fraktion
Ratsherr Gast	- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Ratsherr Gill)	- SPD-Fraktion
Herr Gohrbandt	- Stadtjugendring Hannover e.V.
(Beigeordneter Hauptstein)	- AfD-Fraktion
(Ratsfrau Jeschke)	- CDU-Fraktion
(Frau Karch)	- Stadtjugendring Hannover e.V.
Ratsherr Karger	- AfD-Fraktion
Ratsherr Klapproth	- CDU-Fraktion
Ratsfrau Klebe-Politz	- SPD-Fraktion
(Herr Klingeberg-Behr)	- Stadtjugendring Hannover e.V.
(Herr Müller-Brandes)	- Diakonisches Werk Hannover e.V.
(Frau Pietsch)	- Stadtjugendring Hannover e.V.
Ratsherr Pohl	- CDU-Fraktion
Herr Riechel-Rabe	- DRK Region Hannover e.V.
(Herr Steimann)	- Der Paritätische Hannover
Herr Teuber	- Arbeiterwohlfahrt, Region Hannover e.V.
Frau Wermke	- Stadtjugendring Hannover e.V.
Frau Wilke	- Caritasverband Hannover e.V.
(Beigeordnete Zaman)	- SPD-Fraktion
Ratsherr Zingler	- DIE LINKE. und Piraten

B Grundmandat

(Ratsherr Böning)	- Die Hannoveraner
Ratsherr Förste	- Die Fraktion

C Beratende Mitglieder

Herr Bergen	- Vertreter der evangelischen Kirche
Frau Bloch	- Vertreterin der katholischen Kirche
Frau Broßat-Warschun	- Leiterin des Fachbereichs Jugend und Familie
Frau David	- Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch

(Herr Jantz)	von Mädchen (Violetta)
(Frau Panafidina)	- Beratungsstelle mannigfaltig
Herr Rohde	- Vertreterin der Jüdischen Gemeinde
Herr Rozin	- Stadtjugendpfleger
Frau Schnieder	- Vertreter Kita-Stadtelterrat
Frau Schürmann	- Vertreterin der Kinderladen-Initiative Hannover e.V.
(Frau Wessels)	- Sozialarbeiterin
(Herr Widera)	- Richterin
Frau Wittenberg	- Vertreter des Humanistischen Verbandes Nds.
	- Lehrerin

D Presse

Herr Voigt	- Neue Presse
Herr Dr. Schinkel	- Hannoversche Allgemeine Zeitung

E Verwaltung

Herr Cordes	- Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Zentrale Fachbereichsangelegenheiten
Frau Cünediolgu	- Dezernat Bildung, Jugend und Familie
Frau Frerking	- Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kinder- und Jugendarbeit
Frau Fritz	- Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Zentrale Fachbereichsangelegenheiten
Herr Gronemann	- Fachbereich Gebäudemanagement, Bereich Bauen 2 - Technisches Gebäudemanagement
Frau Stroppe	- Fachbereich Büro Oberbürgermeister, Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Frau Klinschpahn-Beil	- Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kindertagesstätten
Herr Maschke	- Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Heimverbund
Frau Rieger	- Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Unterhaltsrecht und Elterngeld
Stadträtin Rzyski	- Bildungs-, Jugend- und Familiendezernentin
Frau Stärk	- Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kindertagesstätten
Frau Teschner	- Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Koordination Jugendhilfeplanung
Frau van der Velde	- Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Heimverbund
Herr Tietz für das Protokoll	- Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Zentrale Fachbereichsangelegenheiten

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. EINWOHNERINNEN- und EINWOHNERFRAGESTUNDE

3. Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.10.2017
4. Bericht aus der Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung vom 03.11.2017
5. Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung der städtischen Zuwendungen für das Jugendzentrum "Kornstraße"
(Drucks. Nr. 2458/2017)
6. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2494/2017)
- 6.1. Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2724/2017)
- 6.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2853/2017)
7. Antrag des Kita-Stadtelterrates zur Inbetriebnahme der geplanten Modulbau-Einrichtung in Hannover-Ahlem und zur zeitnahen Vergabe der Kita-Plätze
(Drucks. Nr. 2737/2017)
- 7.1. Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu Drucks. Nr. 2737/2017: Antrag des Kita-Stadtelterrates zur Inbetriebnahme der geplanten Modulbau-Einrichtungen in Hannover-Ahlem und zur Vergabe der Kita-Plätze
(Drucks. Nr. 2905/2017)
8. Heimverbund Berichtswesen für das Jahr 2017
(Informationsdrucks. Nr. 2791/2017 mit 1 Anlage)
9. 2. Ergebnisbericht 2017 für den Teilhaushalt 51 des Fachbereiches Jugend und Familie
(Informationsdrucks. Nr. 2774/2017 mit 1 Anlage)

10. Fortsetzung "Internationaler Treffpunkt" in Misburg/Anderten
(Drucks. Nr. 2475/2017 mit 1 Anlage)
11. Einrichtung und Förderung von Kindertagesstätten
- 11.1. Einrichtung und Förderung der Kindertagesstätte "Kita am Sickenberghof" in
der Droehnenstraße 3, Hannover-Davenstedt
(Drucks. Nr. 2470/2017)
- 11.2. Einrichtung und Förderung einer zweigruppigen Krippe der Ev.-luth.
Marktkirchengemeinde im ehemaligen Café an der Marktkirche
(Drucks. Nr. 2633/2017)
12. Umstrukturierung der Kleinen Kindertagesstätte "Kleine Knirpse"
(Drucks. Nr. 2619/2017)
13. Kompetenzzentrum Erlebnispädagogik und Jugendarbeit e.V. (KEJ e.V.)" -
Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Achten
Sozialgesetzbuch (SGB VIII)
(Drucks. Nr. 2469/2017 mit 1 Anlage)
14. Übertragung der Trägerschaft und des Betriebs des Seilgartens Hannover an
das Kompetenzzentrum Erlebnispädagogik und Jugendarbeit e.V. (KEJ e.V.)
(Drucks. Nr. 2790/2017)
15. Personalkosten für hauptberufliche Mitarbeiter/innen der Mitgliedsverbände
des Stadtjugendrings Hannover e.V. (SJR)
(Drucks. Nr. 2816/2017 mit 4 Anlagen)
16. Sicherung der Zuwendungsmittel des am 31.12.17 schließenden JZ Kleefeld
für die Jugendarbeit im Stadtteil
(Informationsdrucks. Nr. 2785/2017)
17. Bericht der Dezernentin

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsfrau Dr. Carl eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Zudem wies **Ratsfrau Dr. Carl** auf die Regelungen zu Film- und Tonaufnahmen während öffentlicher Sitzungen hin (§ 64 Abs. 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz i. V. m. § 3a Hauptsatzung der Landeshauptstadt Hannover).

Der Jugendhilfeausschuss genehmigte einstimmig die Tagesordnung in der von Ratsfrau Dr. Carl vorgetragenen Fassung.

TOP 2.

EINWOHNERINNEN- und EINWOHNERFRAGESTUNDE

Eine **Einwohnerin** fragte in Bezug auf die im Stadtteil Ahlem entstehende Kindertagesstätte in der Tegtmeyerallee (*Anm.: Kindertagesstätte in der Wunstorfer Landstr. 9 auf dem Gelände der Bezirksstelle Hannover der Landwirtschaftskammer Niedersachsen*), welcher genaue Zeitpunkt mit „Eröffnung im Herbst 2018“ gemeint sei und wie sich die Verwaltung die Betreuung in der Übergangszeit von Juli bis August vorstelle.

Stadträtin Rzyski berichtete von der Bürgersprechstunde mit dem Oberbürgermeister vom 25.10.2017. Bei der Sprechstunde sei den betroffenen Eltern eine Liste ausgehändigt worden mit der Bitte, ihre Kontaktdaten einzutragen. Das FamilienServiceBüro werde sich mit den Eltern in Verbindung setzen und individuelle Lösungen mit ihnen besprechen. Detailliertere Informationen zur Planung und zum Betreuungsbeginn würden zudem unter TOP 7. der heutigen Tagesordnung besprochen werden.

TOP 3.

Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.10.2017

Der Jugendhilfeausschuss genehmigte bei 3 Enthaltungen das Protokoll über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.10.2017.

TOP 4.

Bericht aus der Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung vom 03.11.2017

Ratsfrau Dr. Carl berichtete über die Inhalte der 4. Sitzung der Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung vom 03.11.2017.

TOP 5.

Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung der städtischen Zuwendungen für das Jugendzentrum "Kornstraße" (Drucks. Nr. 2458/2017)

- Auf Wunsch der DIE LINKE. und Piraten in die Fraktionen gezogen -

TOP 6.

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017)

- Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen -

Da der gesamte TOP 6. in die Fraktionen gezogen werde, bat **Herr Teuber** für die nächste Besprechung um Nachbesserung, da die Formulierung „kleinere Träger sollen nicht

benachteiligt werden“ missverständlich sei.

Auch **Herr Duckstein** regte eine Verbesserung an. Man solle prüfen, ob das Thema der gesetzlich vorgegebenen Förderung der Jugendverbände in den Antrag mitaufgenommen werden könne.

Frau David bat um eine Konkretisierung des im Antrag genannten Begriffes der „bedarfsgerechten Forderung“ in Bezug auf Kostensteigerung.

Herr Bergen regte an, dass die Verwaltung anhand des Beispiels der Stadt Braunschweig das Zuwendungscontrolling bei den Antrags- und den Verwendungsnachweismitteln auf die Möglichkeit einer Verschlankung überprüfen solle. Auch solle man eine Zusammenarbeit und ein gemeinsames Zuwendungscontrolling mit der Region Hannover anstreben, da viele Fördermittelempfänger von beiden Gebietskörperschaften Mittel erhielten. **Herr Bergen** schilderte weiterhin, dass zurzeit ein starker Zeitdruck auf die Fördermittelempfänger durch die Verwaltung bei der Antragsabgabe ausgeübt werde. Die Träger würden momentan zur Abgabe von Informationen über Kosten für 2019 bis zum 31.12.2017 aufgefordert.

Frau Broßat-Warschun verstehe den Missmut der Träger und begründete das frühe Antragsabgabedatum mit der notwendigen Planungssicherheit der Verwaltung für die anstehende Haushaltsplanung des Doppelhaushaltes 2019/2020. Zudem würden Angaben aus dem Antrag frühzeitig benötigt, um die im Zuwendungsprozess nötige Rechtssicherheit für zeitgerechte Auszahlungen der Zuwendungsmittel zu ermöglichen.

Herr Duckstein wies in Bezug auf dieses Thema auf das in den Richtlinien vorgegebene Abgabedatum bis zum 31.05. des vor dem Bewilligungszeitraum liegenden Jahres hin. **Herr Duckstein** betonte zudem, dass es keine Leichtigkeit sei, zukünftige Werte für 2019 sowie 2020 aus den Vergangenheitswerten herleiten zu können.

Stadträtin Rzyski drückte ihr Verständnis aus und informierte, dass bei Bedarf die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Trägern Lösungen eruiere und die Möglichkeit von Fristverlängerungen besprechen werde.

TOP 6.1.

**Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017:
Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2724/2017)**

- Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen -

TOP 6.2.

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der
Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2853/2017)**

- Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen -

TOP 7.1.

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu Drucks. Nr. 2737/2017: Antrag des Kita-Stadtelternrates zur Inbetriebnahme der geplanten Modulbau-Einrichtungen in Hannover-Ahlem und zur Vergabe der Kita-Plätze (Drucks. Nr. 2905/2017)

Ratsfrau Klebe-Politze führte aus, dass mit dem Änderungsantrag der notwendige Spielraum zur Umsetzung des Bauvorhabens zum 01.08.2018 für die Verwaltung ermöglicht werden solle. Übergangslösungen für Härtefälle dürften nicht unberücksichtigt bleiben. Die freien Räumlichkeiten des Bürgergemeinschaftshauses Ahlem könnten zwischenzeitlich zur Betreuung genutzt werden. Auch sei es vorteilhaft, das vom Kita-Stadtelternrat Hannover bis zum Jahresende eingeforderte Anmeldesystem umzusetzen. Mit dem Änderungsantrag solle Planungssicherheit der Eltern erzielt werden.

Ratsherr Pohl hinterfragte den Änderungsantrag der Mehrheitsfraktion, da die Verwaltung grundsätzlich bis zum 01.08.2018 über genügend Zeit für die Umsetzung der Maßnahme verfüge. Mit Betreuungsbeginn zum 01.08.2018 sei eine lückenlose Betreuungssituation ermöglicht. Auch der Vorschlag der Raumnutzung im Bürgergemeinschaftshaus Ahlem sei nicht nachvollziehbar, da der Aufwand zum Herrichten der Räume für eine Betreuung für einen Zeitraum von zwei oder drei Monaten unverhältnismäßig und kostenintensiv sei. Die Verwaltung müsse einfach intensiver an einer Umsetzung bis zum 01.08.2018 arbeiten. Zum jetzigen Zeitpunkt sei eine negative Prognose unangebracht.

Ratsherr Gast referierte, dass der Änderungsantrag weiter gefasst sei. Es gebe keine Garantie für einen Betreuungsbeginn zum 01.08.2018, daher wolle man mit dem Änderungsantrag die Umsetzung der Maßnahme vorantreiben. Weiterhin erinnerte **Ratsherr Gast** an den vor einigen Monaten beschlossenen Antrag, in unterversorgten Stadtbezirken den Ausbau von Betreuungsplätzen zu beschleunigen.

Ratsherr Finck kommentierte, dass bereits zum aktuellen Zeitpunkt Probleme im zeitlichen Ablauf durch die Verwaltung signalisiert worden wären. Daher müssten von der Verwaltung Alternativen vorgehalten werden, um die Situation in dem Stadtbezirk zu entschärfen.

Herr Rozin betonte, dass es missverständlich sei, dass das vorgetragene Datum der Platzvergabe der 01.08.2018 sei. Natürlich müsse eine Platzvergabe bereits im Voraus - bestmöglich zum Jahreswechsel 2017/2018 - durchgeführt werden. Zudem bat **Herr Rozin** um nähere Erläuterung der angesprochenen Umsetzungsprobleme. Auch die im Änderungsantrag vorgeschlagene Warteliste könne seiner Ansicht nach voraussichtlich keine Planungssicherheit bieten. Eine wirkliche Planungssicherheit könne ausschließlich durch Vertragsabschlüsse bis spätestens April 2018 erreicht werden.

Ratsherr Klapproth schloss sich der Aussage von **Herrn Rozin** an und kritisierte zudem den Änderungsantrag der Mehrheitsfraktion, da dieser über keine ausreichende, faktische Begründung verfüge. Es sei unverständlich, dass sich die Verwaltung nicht in der Lage befinden solle, dass vorgegebene Zeitziel zu erreichen.

Stadträtin Rzycki führte aus, dass bei der Nutzbarmachung eines Gebäudes ein realistischer Zeitpuffer eingeplant werden müsse. Selbstverständlich strebe man nach einer zeitnahen Umsetzung. Für die Planungssicherheit der Eltern müsse die Verwaltung frühzeitig eine Alternative vorhalten, wenn absehbar sei, dass eine Betreuung zum 01.08.2018 nicht realisiert werden könne. Für eine bedarfsgerechte Planung sei eine Bedarfsmeldung beim und das Erstellen einer Warteliste durch das FamilienServiceBüro unerlässlich.

Herr Gronemann ergänzte den Beitrag von **Stadträtin Rzyski**. Als öffentlicher Bauherr sei man in besonderem Maße an diverse gesetzliche Vorgaben - u. a. Vergabe-, Bau- und Haushaltsrecht - gebunden. Man habe unter Berücksichtigung dieser Vorgaben und aufgrund von Erfahrungswerten bei vergleichbaren Baumaßnahmen einen Bauablauf für die Errichtung der Modulbauten erstellt. Daher könne mit relativer Wahrscheinlichkeit die Aussage getroffen werden, dass die Inbetriebnahme der Modulbauten zum 01.08.2018 nicht fertiggestellt werden könne. Eine Garantie des Zeitziels könne man zum aktuellen Stand nicht geben. Man arbeite daran, die Umsetzung zu beschleunigen.

Ratsherr Döring betonte ebenfalls, dass der Änderungsantrag der von **Herrn Gronemann** vorgetragene Situation geschuldet sei. Zudem erinnerte **Ratsherr Döring** daran, dass eine rechtssichere Platzvergabe nicht durch die Landeshauptstadt Hannover, sondern ausschließlich durch die Träger erfolge. Einzige Möglichkeit sei, den Bedarf über eine Warteliste zu ermitteln, um anschließend Weiteres veranlassen zu können.

Ratsherr Pohl sprach die im Schul- und Bildungsausschuss genannten Zeiträume für Umsetzungen solcher Modulbauten an und betonte, dass er bei dieser Maßnahme von deutlich kürzeren Zeiten ausgehe. Die Modulbauten würden als Übergangslösung nicht infrage gestellt. Es müsse allerdings zeitnah ein geeigneter Träger gefunden werden.

Stadträtin Rzyski erklärte die im Schul- und Bildungsausschuss genannten Zeiträume genauer. Modulbauten könnten acht bis zehn Jahre genutzt werden. Diese Zeiträume bezögen sich jedoch nicht auf die Errichtung von Modulbauten.

Die Trägerschaft werde, so **Frau Klinschpahn-Beil**, in Verbindung mit dem geplanten Bau der Kindertagesstätte „In der Steinbreite“ ausgeschrieben. So könne dem Träger eine Perspektive nach der Übergangslösung mit den Modulbauten geboten werden.

Ratsherr Finck bat die Verwaltung darum, die Planungen für weitere Kindertagesstätten im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt offen zu legen.

Für den Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt sei geplant, so **Frau Broßat-Warschun**, die Kindertagesstätte „Sieckenberghof“ mit 45 Krippen- und 50 Kindergartenplätzen mit Betriebsbeginn zum Februar 2018 zu schaffen. Weitere geplante Kindertagesstätten wären die zuvor besprochene Kindertagesstätte in der Wunstorfer Landstr. 9 auf dem Gelände der Bezirksstelle Hannover der Landwirtschaftskammer Niedersachsen mit 100 Kindergartenplätzen im Herbst 2018, die Planung und der Bau der Kindertagesstätte „Herzogsborn“ mit 45 Krippen- und 50 Kindergartenplätzen zum zweiten Halbjahr 2019, der Anbau an der Kindertagesstätte „St. Johannes“ mit 30 weiteren Krippenplätzen für 2019, der Neubau einer Kindertagesstätte auf dem ehemaligen Gelände der Zentralinstitut für Versuchstierzucht GmbH in der Hermann-Ehlers-Allee mit 30 Krippen- und 50 Kindergartenplätzen für 2019/2020 und der Neubau der Kindertagesstätte „In der Steinbreite“ mit 35 Krippen- und 65 Kindergartenplätzen für 2021.

Der Jugendhilfeausschuss gab mit 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen die Beschlussempfehlung, folgenden Änderungsantrag abzulehnen:

Die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover wird aufgefordert, die auf dem Grundstück der Landwirtschaftskammer Niedersachsen geplante Modulbau-Einrichtung spätestens im 3. Quartal 2018 zu eröffnen und den Eltern schnellstmöglich einen

verbindlichen Eröffnungstermin zu nennen.

Darüber hinaus soll die Verwaltung darauf hinwirken, dass der künftige Träger der Einrichtung die Plätze schnellstmöglich anhand einer im FamilienServiceBüro geführten Warteliste vergibt, um den betroffenen Eltern Planungssicherheit zu bieten.

Für Eltern, die aus der Elternzeit zurück in die Beschäftigung wechseln oder die eine Beschäftigung zum 01.08.2018 aufnehmen, soll die Verwaltung prüfen, ob es möglich ist, eine Übergangslösung bis zur Eröffnung der Modulbau-Einrichtung anzubieten, ggf. provisorisch in den freien Räumen des Bürgergemeinschaftshauses Ahlem.

In den Verwaltungsausschuss

TOP 7.

Antrag des Kita-Stadtelterrates zur Inbetriebnahme der geplanten Modulbau-Einrichtung in Hannover-Ahlem und zur zeitnahen Vergabe der Kita-Plätze (Drucks. Nr. 2737/2017)

Ratsfrau Klebe-Politze resümierte den Antrag des Kita-Stadtelterrates Hannover und betonte den dringenden Handlungsbedarf im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt. Es entstünden momentan erheblich zusätzliche Bedarfe durch verschiedene Ursachen, wie z. B. der Generationenwechsel in den Einfamilienhäusern. Der Antrag des Kita-Stadtelterrates Hannover greife zurecht diese Problematik auf und fordere die verbindliche Eröffnung zum 01.08.2018. Durch die Modulbauten könnten über den momentan ermittelten Bedarf hinaus Plätze angeboten werden. Die Maßnahme müsse mit Hochdruck umgesetzt werden, um den Familien Planungssicherheit gewährleisten zu können. Allerdings könne dem Antrag des Kita-Stadtelterrates Hannover nicht vollumfänglich gefolgt werden, sodass ihre Fraktion einen Änderungsantrag gestellt habe.

Der Jugendhilfeausschuss gab mit 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Beschlussempfehlung, folgendem Antrag zuzustimmen:

Die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover wird aufgefordert, die neu geplante Modulbau-Einrichtung (Kita, 3-5 Jahre) auf dem Grundstück der Landwirtschaftskammer Niedersachsen an der Tegtmeyerallee bis zum 01.08.2018 in Betrieb zu nehmen.

Die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover wird aufgefordert, bis Ende des Jahres 2017 oder schnellstmöglich ein Anmeldeverfahren einzuleiten, um die ersten Plätze bis spätestens Ende Januar 2018 oder schnellstmöglich vergeben zu können.

In den Verwaltungsausschuss (Drucksache Nr. 3126/2017)
An den Jugendhilfeausschuss (zur Kenntnis)
An den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten (zur Kenntnis)

TOP 8.

Heimverbund Berichtswesen für das Jahr 2017 (Informationsdrucks. Nr. 2791/2017 mit 1 Anlage)

Frau Broßat-Warschun führte in das Thema des Berichtswesens des Heimverbundes ein.

Herr Maschke stellte anhand einer Präsentation die Entstehung und Arbeit sowie die Entwicklung und Angebote des Heimverbundes vor.

Ratsherr Finck erkundigte sich, in welchem Maße der Bedarf an stationären und ambulanten Hilfen sich entwickelt habe und ob es eine Zusammenarbeit mit anderen Trägern gebe.

Herr Maschke erläuterte, dass der Heimverbund einen Marktanteil von ungefähr zehn Prozent habe und dass die Nachfrage ungefähr gleichbleibend sei. Mit stetem Einwohnerwachstum in den Städten steige auch die Nachfrage.

Ratsherr Döring fragte, in welchem Umfang ein Ausbau des Heimverbundes geplant sei und was genau bisher nicht habe realisiert werden können.

Es sei geplant gewesen, so **Herr Maschke**, mehr Betreuungsplätze für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu schaffen. Da jedoch die Zuwanderung dieser Personengruppe geringer als prognostiziert sei, beginne inzwischen ein Abbau bzw. eine Umwandlung der für die Flüchtlinge vorgesehenen Plätze. Auch andere Träger hätten ihre Angebote ausgebaut, so dass ein Überangebot an Plätzen bestehe.

Auf die Frage von **Ratsherrn Gast**, ob es eine Weiterbegleitung bei Hilfeende der betreuten Personen gebe und wie sich die Wohnungsmarktsituation darstelle, antwortete **Herr Maschke**, dass mit Beginn der Volljährigkeit die jungen Erwachsenen die Möglichkeit auf eine zu beantragende Weiterbetreuung hätten. Die Wohnungsmarktsituation gestalte sich genauso wie für andere Wohnungssuchende. Die Situation sei angespannt und man müsse Kompromisse eingehen.

Herr Teuber berichtete aus seiner Erfahrung als Geschäftsführer der AWO (Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V.), dass viele der betreuten Personen in der heutigen Zeit nicht ausziehen könnten, da es keine bezahlbaren Wohnraumangebote gebe. Dadurch stiegen in den Einrichtungen die Aufenthaltszeiten. Zudem bat **Herr Teuber** um Beantwortung, ob bei Kostenerstattungsverhandlungen mit der Region Hannover Tarifsteigerungen problemlos berücksichtigt würden und wie die Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Landesjugendamt sei.

Herr Maschke berichtete, dass die letzten Verhandlungen mit der Region Hannover in 2015 stattgefunden hätten und dass neue Verhandlungen nunmehr anstünden. Die Verhandlungen gestalteten sich ähnlich langwierig und schwierig wie bei den Trägern der freien Jugendhilfe. Durch Verrentungen und Neueinstellungen habe man die Personalkostensituation verbessern können. Dadurch habe man die vergangenen

Tarifsteigerungen auffangen können. Auch die Genehmigungsverfahren mit dem Niedersächsischen Landesjugendamt wären nicht außergewöhnlich. Die Verfahren wären zeitintensiv, da viele Details berücksichtigt würden.

Ratsfrau Dr. Carl stellte fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Informationsdrucksache Nr. 2791/2017 mit 1 Anlage zur Kenntnis genommen habe.

TOP 9.

2. Ergebnisbericht 2017 für den Teilhaushalt 51 des Fachbereiches Jugend und Familie (Informationsdrucks. Nr. 2774/2017 mit 1 Anlage)

Ratsfrau Dr. Carl stellte fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Informationsdrucksache Nr. 2774/2017 mit 1 Anlage zur Kenntnis genommen habe.

TOP 10.

Fortsetzung "Internationaler Treffpunkt" in Misburg/Anderten (Drucks. Nr. 2475/2017 mit 1 Anlage)

Der Jugendhilfeausschuss gab mit 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme die Beschlussempfehlung, folgendem Antrag zuzustimmen:

- 1.) Die Maßnahme „Internationaler Treffpunkt“ in Misburg/Anderten um ein weiteres Jahr bis Ende 2018 zu verlängern und
- 2.) dem Träger, die Evangelische Familienbildungsstätte e.V., Archivstraße 3, 30169 Hannover, eine Zuwendung für das Jahr 2018 in Höhe von jährlich 19.500 € zu gewähren.

In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
An den Sozialausschuss (zur Kenntnis)

TOP 11.

Einrichtung und Förderung von Kindertagesstätten

TOP 11.1.

Einrichtung und Förderung der Kindertagesstätte "Kita am Sickenberghof" in der Droehnenstraße 3, Hannover-Davenstedt (Drucks. Nr. 2470/2017)

Der Jugendhilfeausschuss gab einstimmig die Beschlussempfehlung, folgendem Antrag zuzustimmen:

- Die Kindertagesstätte "Kita Am Sickenberghof" mit drei Krippengruppen (je 15 Plätze, Kinder 1 bis 3 Jahre in Ganztagsbetreuung) und zwei Kindergartengruppen (je 25 Plätze, Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung in Ganztagsbetreuung) in Trägerschaft der Maschseekinder gGmbH in der Droehnenstraße 3, 30449 Hannover, zu errichten und
- ab dem 01.02.2018, frühestens ab Erteilung der Betriebserlaubnis, die laufende Förderung entsprechend den Richtlinien über die Fördervoraussetzungen und Förderbeträge für Kindertagesstätten in Trägerschaft von gemeinnützig anerkannten Vereinen und Kleinen Kindertagesstätten zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss

TOP 11.2.

Einrichtung und Förderung einer zweigruppigen Krippe der Ev.-luth. Marktkirchengemeinde im ehemaligen Café an der Marktkirche (Drucks. Nr. 2633/2017)

Der Jugendhilfeausschuss gab mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung die Beschlussempfehlung, folgendem Antrag zuzustimmen:

- Die o.g. Krippe mit insgesamt max. 30 Plätzen in Ganztagsbetreuung, in Trägerschaft der Ev.-luth. Marktkirchengemeinde am Standort des ehemaligen Cafés an der Marktkirche zu errichten und
- ab dem 01.02.2018, frühestens ab Erteilung der Betriebserlaubnis, die laufende Förderung entsprechend den Richtlinien über die Fördervoraussetzungen und Förderbeträge für Kindertagesstätten in Trägerschaft von gemeinnützig anerkannten und eingetragenen Vereinen und Kleinen Kindertagesstätten zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss

TOP 12.

**Umstrukturierung der Kleinen Kindertagesstätte "Kleine Knirpse"
(Drucks. Nr. 2619/2017)**

Der Jugendhilfeausschuss gab einstimmig die Beschlussempfehlung, folgendem Antrag zuzustimmen:

- Die kleine Kindertagesstätte (KKT) "Kleine Knirpse", Kapellenstr. 14, in Trägerschaft der Kleefelder Knirpse e.V. von einer altersübergreifenden Gruppe mit 10 Plätzen in Ganztagsbetreuung in eine KKT ausschließlich mit Krippenplätzen, ebenfalls in Ganztagsbetreuung, umzustrukturieren und
- die laufende Förderung rückwirkend zum 01.08.2017 entsprechend den Richtlinien über die Förderungsvoraussetzungen und Förderungsbeträge für KKT in Trägerschaft von gemeinnützig anerkannten und eingetragenen Vereinen zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss

TOP 13.

**Kompetenzzentrum Erlebnispädagogik und Jugendarbeit e.V. (KEJ e.V.)" -
Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Achstes Sozialgesetzbuch
(SGB VIII)
(Drucks. Nr. 2469/2017 mit 1 Anlage)**

Der Jugendhilfeausschuss gab einstimmig die Beschlussempfehlung, folgendem Antrag zuzustimmen:

Den Verein „Kompetenzzentrum Erlebnispädagogik und Jugendarbeit e.V. (nachfolgend KEJ e.V. genannt) als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII anzuerkennen. Der Verein hat seinen Sitz im Klaus-Müller-Kilian-Weg 2, 30167 Hannover. Die Internet-Seite lautet:
www.vej-online.de/kej-kompetenzzentrum.

In den Verwaltungsausschuss

TOP 14.

Übertragung der Trägerschaft und des Betriebs des Seilgartens Hannover an das Kompetenzzentrum Erlebnispädagogik und Jugendarbeit e.V. (KEJ e.V.) (Drucks. Nr. 2790/2017)

Der Jugendhilfeausschuss gab einstimmig die Beschlussempfehlung, folgendem Antrag zuzustimmen:

Dem Kompetenzzentrum Erlebnispädagogik und Jugendarbeit e.V. (KEJ e.V.) die Trägerschaft und den Betrieb des Seilgartens Hannover vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses zur Anerkennung des KEJ e.V. als freier Träger der Jugendhilfe (DS 2469/2017) ab dem 01.01.2018 zu übertragen und dem KEJ eine Zuwendung in Höhe von 85.383 € zu zahlen und damit die Zuwendungen um insgesamt 40.000 € zu erhöhen.

In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss

TOP 15.

Personalkosten für hauptberufliche Mitarbeiter/innen der Mitgliedsverbände des Stadtjugendrings Hannover e.V. (SJR) (Drucks. Nr. 2816/2017 mit 4 Anlagen)

- Auf Wunsch der DIE LINKE. und Piraten in die Fraktionen gezogen -

TOP 16.

Sicherung der Zuwendungsmittel des am 31.12.2017 schließenden JZ Kleefeld für die Jugendarbeit im Stadtteil (Informationsdrucks. Nr. 2785/2017)

Stadträtin Rzyski leitete die Informationsdrucksache mit einem Überblick über den aktuellen Sachstand ein. Mit dem Träger einer anderen Jugendeinrichtung in Kleefeld wären inzwischen Gespräche geführt worden. Dieser Träger könne sich vorstellen, seine Angebote auszuweiten, um so die zukünftig wegfallenden Angebote für die Zielgruppe der 14- bis 18-Jährigen im Stadtteil teilweise zu kompensieren.

Frau Wermke betonte, wie schwerwiegend der Wegfall des Jugendzentrums sei, da im Stadtteil Kleefeld einzig noch der Jugendtreff Camelot zur Verfügung stehe. Der Jugendtreff Camelot könne nicht dieselben Angebote wie ein Jugendzentrum bieten.

Herr Duckstein gab zu Bedenken, dass trotz der geschaffenen Instrumente in der Prozess- und Jugendhilfeplanungsstruktur man weiterhin diesen Themenbereich verstärkt ausbauen müsse. Auch müssten die Mitglieder der sozialräumlichen Koordinierungsrunden enger in den Entstehungs- und Entwicklungsprozess eingebunden werden.

Stadträtin Rzyski wies auf die bestehende Trägerautonomie hin, die im

Entwicklungsprozess immer eine Rolle spielen. Für das Jugendzentrum Kleefeld sei aufgrund der beim Träger sowie bei der Landeshauptstadt Hannover fehlenden Mittel zum barrierefreien Ausbau und aufgrund weiterer Gründe keine andere Option als die Schließung möglich gewesen. Die Landeshauptstadt könne nicht sanierungsbedürftige Gebäude anderer Träger übernehmen.

Stadträtin Rzycki bestätigte aufgrund der Nachfrage von **Herrn Duckstein**, dass die Gründe für die Jugendzentrumsschließung laut Träger zusammenfassend die Sanierungsbedürftigkeit sowie die nicht durchführbare Umsetzung eines Ausbaus zur Barrierefreiheit wären.

Ratsfrau Dr. Carl stellte fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Informationsdrucksache Nr. 2785/2017 zur Kenntnis genommen habe.

TOP 17.

Bericht der Dezernentin

Frau Broßat-Warschun informierte über den Sachstand bzgl. des Haushaltsbegleitantrags H-0111/2017 zur Nutzung des Gartens des Don-Bosco-Hauses für bestehende Angebote der Kinder- und Jugendarbeit.

Anschließend berichtete **Stadträtin Rzycki** zum Ausbauprogramm „Familienzentren in Hannover“. Für 2018 sei beabsichtigt, die Kindertagesstätte „Freudenthalstraße“ des Trägers Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V., die Kindertagesstätte „St. Josefina“ des Trägers Caritasverband Hannover e.V. und die Kindertagesstätte „Ratz und Rübe“ des Trägers Deutsches Rotes Kreuz e.V. zu Familienzentren auszubauen. Diese drei Einrichtungen hätten die Aufnahmekriterien des Programms erfüllt, insbesondere, da in den jeweiligen Stadtteilen bisher keine Familienzentren existierten.

Zu dem Thema des zentralen Anmeldeverfahrens in der Kindertagesbetreuung wies **Frau Broßat-Warschun** auf das abgeschlossene europaweite Ausschreibungsverfahren hin, über das bereits berichtet worden sei. Die ausgewählte Firma passe zurzeit die angebotene Software an die Anforderungen der Landeshauptstadt Hannover an. Es gebe zudem intensive Gespräche und Testverfahren unter Einbeziehung unterschiedlicher Einrichtungsträger und des Kita-Stadtteilernrates Hannover. Themenfelder wären die Anpassung der Programmfunktionalitäten an die jeweilige kommunale Kinderbetreuungsstruktur, die notwendigen Anpassungen an die jeweilige Organisationsstruktur - zum Beispiel in Bezug auf das Rechte- und Rollenkonzept -, die Ausgestaltung der Abbildung sowie die numerische Bestimmung von Kinderbetreuungsplätzen, die Anpassung von Begrifflichkeiten und das Layout bzw. das Corporate Design. Schulungen der EndanwenderInnen dienen zur Vorbereitung des Starts Mitte nächsten Jahres.

Stadträtin Rzycki berichtete anschließend über die Suche einer BMX-Sport-geeigneten Fläche außerhalb der Eilenriede (Haushaltsbegleitantrag Nr. H-0110/2017). Mit einer Jugend-Initiative wären fünf Flächen gesichtet worden, die jedoch aus Sicht des Planungsbereichs des Fachbereichs Umwelt und Stadtgrün aus unterschiedlichen Gründen nicht geeignet wären. Demnach wären am Peter-Fechter-Ufer aus Hochwasserschutzgründen im gesamten Ihmepark keine Einbauten möglich. Man habe nur die kleine, eingezäunte BMX-Anlage angrenzend an das Grundstück der Stadtwerke Hannover AG realisieren können. Am Waterlooplatz müsse aus städtebaulichen Gründen die Fläche freigehalten werden. Auch die Fläche hinter der Hannoverschen Kinderheilanstalt

Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult könne nicht genutzt werden, da es sich um ein Landschaftsschutzgebiet handele. Die Fläche hinter dem städtischen Jugendsportzentrum stehe zur Verfügung, sei jedoch räumlich beengt. Auch die Fläche des Hannover Congress Centrums stehe nicht zur Verfügung, da sie als eine wichtige Grünverbindung zwischen Zooviertel und Eilenriede erhalten bleiben solle.

Im Frühjahr 2018, so **Stadträtin Rzyski**, werde durch den Neubau der bestehenden BMX-Anlage im Stadtteil Misburg-Nord eine große, attraktive und öffentliche Anlage wiedereröffnet. Diese Anlage sowie die Skater-Anlage auf dem Welfenplatz und der neu gebaute Skate-Pool im Stadtteil Linden-Süd wären gut erreichbar. Als weiterer Hinweis sei die Drucksache Nr. 1253/2013 genannt, in welcher die Standorte Lindener Volkspark, Grünfläche Lohfeld, Stadtteilpark Bemeroode, Grünfläche Fischerhof und Hochstraße Göttinger Straße sowie die Grünfläche Empelder Straße/Hermann-Ehlers-Allee für Mountainbike-Parcours benannt würden. Sobald Mittel zur Errichtung einer BMX-Anlage zur Verfügung stünden - voraussichtlich mit dem Haushalt 2019/2020 -, könnten die Flächen auf aktuelle Verfügbarkeit überprüft und eventuell in die künftigen Überlegungen für eine weitere BMX-Anlage einbezogen werden. Aus Sicht der Jugend-Initiative komme nur die Fläche neben dem städtischen Jugendsportzentrum in Betracht, deren mögliche Nutzbarkeit spätestens zu Beginn des nächsten Jahres bei einem weiteren Treffen besprochen werden soll.

Zu dem Thema „Raum und Platz für Jugendliche im Stadtzentrum - Kontaktaufnahme mit der Infrastrukturgesellschaft Region Hannover GmbH (infra)“, berichtete **Stadträtin Rzyski**, dass im Frühjahr 2017 Gespräche zum Umbau der unterirdischen und ungenutzten U-Bahnstation der D-Linie zur Umsetzung einer Skateboard- und BMX-Anlage mit dem Stadtsportbund Hannover e.V., der Sportkoordination des Bereichs Kinder- und Jugendarbeit, dem Stadtjugendpfleger, dem CAN Freizeit & Bildung e.V. und der infra stattgefunden hätten. Laut infra sei eine mit hohem Kostenaufwand verbundene Umsetzung der Maßnahme realisierbar. Inzwischen hätten weitere Gespräche zwischen Vertretern der Fraktionen, der infra und dem Fachbereich Planen und Stadtentwicklung ergeben, dass eine Nutzungsänderung dieser Fläche Auswirkungen auf das Fluchtwegekonzept des gesamten Hauptbahnhofs haben könnten. Das Konzept stehe unter Bestandsschutz, das bei einer Nutzung der Fläche wegfiere. Dadurch würden bereits im Vorfeld sehr hohe Kosten generiert, ohne das eine Umsetzung der Maßnahme überhaupt erfolgt sei. Alternativ gebe es die Möglichkeit, eine ganzjährige Nutzung einer im Stadtteil Nordstadt momentan leerstehenden Halle inklusive eines dazugehörigen großen Außengeländes zu prüfen. **Stadträtin Rzyski** bat die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, ein Votum dazu abzugeben, ob Interesse an dieser Alternative bestehe. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses befürworteten mehrheitlich die Prüfung dieser Alternativlösung.

Daraufhin schloss **Ratsfrau Dr. Carl** die Sitzung um 16:38 Uhr.

(Rzyski)
Stadträtin

(Tietz)
für das Protokoll